

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 149

Dienstag den 30. Juni 1931

89. Jahrgang

Noch keine Einigung erzielt

Washington, 29. Juni. Unterstaatssekretär Castle gab heute folgende Erklärung aus: Es ist bis jetzt noch keine Einigung erzielt worden, da noch verschiedene technische Fragen behoben werden müssen. Es werden keine Vorschläge angenommen werden, die nicht vollkommen dem Geiste und der Absicht des Vorschlags des Präsidenten entsprechen.

Ministerrat über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen mit Mellon

Paris, 29. Juni. Der bereits angekündigte Ministerrat, der sich wahrscheinlich mit den heute vormittag mit Staatssekretär Mellon geführten Verhandlungen beschäftigen wird, tritt um 6 Uhr zusammen. Er wird, wie man annimmt, die Antwort vorbereiten, die in der neu anberaumten Sitzung mit Staatssekretär Mellon auf die amerikanischen Vorschläge gegeben werden soll. Man glaubt, daß heute nachmittags Staatssekretär Mellon telefonisch mit dem Weissen Haus in Washington in Verbindung getreten ist. Die „Zentralpost“ berichtet, habe es den Anschein, daß Washington den französischen Vorschlag der Verwendung der von Deutschland zu leistenden Zahlungen des ungeschützten Teils der Youngannuitäten nicht angenommen habe. Aus diesem Grunde trete der Ministerrat zusammen, um die neugeschaffene Lage zu beraten.

Amerika gegen Verwässerung des Hooverplans

Zustimmung Österreichs, Polens und der Tschechoslowakei. Washington, 29. Juni. Nach einer längeren Konferenz mit Hoover gab Unterstaatssekretär Castle heute die positive Erklärung ab, daß Amerika keinen Vorschlag annehmen werde, der nicht dem Sinn und dem Zweck des Hooverplans vollkommen entspreche. Wie hier verlautet, hat Mellon dieses Verlangen heute früh dem französischen Ministerpräsidenten unterbreitet, der einen Ministerrat einberief und mit Mellon eine weitere Konferenz nach Ende der Kabinettsitzung verabredete.

Das Weisse Haus erwartet daher heute abend die Entscheidung darüber, ob die französische Regierung zu einem Einigen auf den Plan Hoovers bereit ist. Man betrachtet die Lage hier zwar als delikat, aber nicht als hoffnungslos, doch ist man sich darüber im Klaren, daß das amerikanische Parlament nie auf den Plan Hoovers eingehen werde, wenn er zu sehr verwässert und sein eigentlicher Zweck einer völligen Stempause für Deutschland vereitelt werde. Dies wurde der

französischen Regierung heute ganz klar zum Ausdruck gebracht.

Die Tatsache, daß Polen und die Tschechoslowakei den Plan Hoovers annehmen, wurde hier mit großer Befriedigung aufgenommen. Die Zustimmung Österreichs wurde heute von dem österreichischen Gesandten dem Unterstaatssekretär Castle in einer formellen Note überreicht.

Das Ergebnis des französischen Ministerrats

Paris, 29. Juni. Zu dem heute abend abgehaltenen Ministerrat, der sich mit dem Vorschlag Hoovers beschäftigte, berichtet die Havasagentur: Das Kabinett hat sich einstimmig über die Notwendigkeit geeinigt, daß die französische Regierung sich nach der Abstimmung in der Kammer, an den Text ihrer Antwort vom 24. Juni halten müsse. Die Meinungsverschiedenheiten, die Paris und Washington trennen, sind bekannt. Frankreich sieht vor, daß die durch das Moratorium verfügbaren Summen nicht nur zur Verbesserung des Kreditstatus Deutschlands, sondern auch bei anderen mitteleuropäischen Ländern verwendet werden, bei denen die Aussetzung der Youngzahlungen finanzielle und wirtschaftliche Störungen hervorrufen kann. Die Vereinigten Staaten dagegen wollen ihre Bemühung lediglich auf die Wiederherstellung Deutschlands richten. Frankreich fordert andererseits vor Ablauf des zwölfmonatigen Moratoriums die Prüfung von Maßnahmen, die deutschseits im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Zahlungen ergriffen werden müssen. Hinsichtlich dieses wichtigen Punktes hat, wie es heißt, Frankreich, der Hauptgläubiger Deutschlands, weder seitens der Vereinigten Staaten noch Deutschlands die erforderlichen beruhigenden Versicherungen erhalten. Das Angebot des Präsidenten Hoover legt Wert darauf, daß die von Deutschland 1931/32 zu bezahlende Annuität erst nach 2 Jahren geleistet werden soll. Die französische Regierung hat dagegen in ihrer Antwort erklärt, daß dieser Betrag am Ende des zwölfmonatigen provisorischen Moratoriums fällig werden müsse. Die französische Regierung hat heute abend in einem Gefühl des Entgegenkommens beschlossen, diese Frist von einem Jahr auf 5 Jahre zu verlängern, aber das ist, wie es scheint, das einzige Zugeständnis, das der Ministerrat zu seinem anfänglichen Plan annehmen zu müssen geglaubt hat, ohne daß das gefällige Recht Frankreichs auf Reparationen beeinträchtigt wird. Ministerpräsident Laval und seine Kollegen werden das Ergebnis ihrer Beratungen und die Gründe ihrer Haltung im Verlaufe der heute abend stattfindenden Besprechungen mit den amerikanischen Vertretern auseinandersetzen.

Verlängerung des Berliner Vertrages

Berlin, 29. Juni. Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. von Dierßen, und der stellvertretende Botschaftsminister für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Krekinstki, haben durch Unterzeichnung eines Protokolls den am 24. April 1926 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Vertrag sowie den dazu gehörigen Notenwechsel verlängert. Gleichzeitig ist das zwischen dem beiden Regierungen am 25. Januar 1929 geschlossene Schlichtungsabkommen mit der Geltungsdauer des genannten Vertrages in Einklang gebracht worden. In dem unterzeichneten Protokoll wird der Wunsch der beiden Regierungen Ausdruck verliehen, durch die Verlängerung des Vertrages die zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden freundschaftlichen Beziehungen fortzuführen, die im Interesse beider Länder liegende Zusammenarbeiten zu fördern und zugleich zur Sicherung des allgemeinen Friedens beizutragen. Der Vertrag kann mit einjähriger Kündigungsfrist erstmals am 30. Juni 1933 gekündigt werden, andernfalls läuft er automatisch weiter. Das Protokoll unterliegt der Ratifikation.

Besuch in Rom

Berlin, 29. Juni. Ähnlich wird mitgeteilt: Auf Grund der deutschen Anregung weiterer freundschaftlicher Aussprachen entsprechend der in Chequers stattgefundenen Zusammenkunft hat der italienische Ministerpräsident den deutschen Reichskanzler und den Reichsaussenminister durch Vermittlung des italienischen Botschafters in Berlin zu einem Besuch in Rom in nächster Zukunft einladen lassen. Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister haben die Einladung des italienischen Ministerpräsidenten mit Dank angenommen. Der Zeitpunkt des Besuchs bleibt späterer Vereinbarung vorbehalten.

Ingenieure als einfache Arbeiter angestellt

Zwei führende deutsche Unternehmungen, die I.G. Farbenindustrie und die Berliner Siemens-Werke, planen angeblich die Durchführung eines Experiments, das bligartig die furchtbare Notlage des deutschen Ingenieurstandes beleuchtet. Danach wird beabsichtigt, vorläufig 500 **beschäftigungslose Techniker** als einfache Arbeiter einzustellen, die nur den tarifmäßigen Arbeitslohn erhalten sollen.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Vertheilung oder deren Raum 25 Rpf., Restausgabe 10 Rpf. Restausgabe 100 Rpf. Zuschlag. Offerte und Aufnahmeverteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Eklärung eines vielgebrauchten Ausdrucks

Das Wort „Moratorium“ steht im Mittelpunkt aller außenpolitischen Debatten. Es erscheint uns angezeigt, Bedeutung und Entwicklung dieses Begriffes aus dem Rechtsleben kurz darzustellen.

Das Wort „Moratorium“ kommt von dem lateinischen Verbum — „morari“ — verweilen, zögern, und heißt also wörtlich überlegt die Verzögerung. Die Bedeutung im Sprachgebrauch ist: Verzögerung der Schuldzahlung über den ursprünglichen Termin hinaus, also Stundung. Technisch richtig bezeichnet Moratorium nun nicht eine private Abmachung zwischen Gläubiger und Schuldner, sondern eine obrigkeitlich angeordnete Stundung fälliger Schulden. Im deutschen Mittelalter bildete das Recht, Moratorium zu erlassen, ein wichtiges Recht der Landesherren, ursprünglich mußte sogar der Kaiser seine Zustimmung geben. Um 1700 wurde die Befugnis den Gerichten übertragen. Man unterscheidet General- und Spezialmoratorien, je nachdem sie einer ganzen Gruppe von Schuldnern (den Bewohnern eines Landstriches, einem Industriezweig oder einem bestimmten Schuldner) gewährt wurden. Spezialmoratorien wurden immer nur selten und unter besonderen Schwierigkeiten erteilt und kommen im modernen Rechtsleben überhaupt nicht mehr vor. Generalmoratorien wurden gewöhnlich nach Kriegen angeordnet, so nach dem 30jährigen, nach dem spanischen Erbfolgekrieg, dem Tilsiter Frieden, vor allem aber in Frankreich nach der Niederlage von 1870 und in Österreich außerdem im Jahre 1811 nach der Veränderung des Papiergeldes. Im Weltkrieg hat Deutschland im Gegensatz zu den meisten kriegführenden und auch einigen neutralen Staaten kein Generalmoratorium erlassen. Ähnliche Wirkungen haben jedoch die Gesetze von 1914, welche den Kriegsteilnehmern Unterbrechung der Prozesse und der Zwangsvollstreckung gegen sie, Demmung und Verzögerung ihrer Forderungen, Verlängerung der Wechselfrist usw. gewährten. Das letzte gesetzliche Generalmoratorium ist im Aufwertungsrecht durch die Freistellung bis 1. Januar 1932 gegeben. Erst allmählich bürgerte es sich ein, unter Moratorium im gewöhnlichen Sprachgebrauch eine private Stundung von Zahlungen zu verstehen. Das Transferrmoratorium hat nun die besondere Bedeutung, daß die vertragsschließenden Vertragsparteien Staaten sind, der Ausdruck Moratorium ist damit ein völkerrrechtlicher Begriff geworden.

Eklärungen Zamoras

Paris, 29. Juni. Der Anfall der Wahlen in Spanien, erklärte der Ministerpräsident Zamora dem „Welt Posten“ in einem Interview, habe die spanische Regierung wesentlich gefördert. Republikaner und Sozialisten bilden einen unerschütterlichen Block. In den zwei Monaten der provisorischen Regierungzeit habe man schon große Erfolge erzielt. Die spanische Armee sei auf eine vernünftige Zahl reduziert. Jedes neue militärische Pronunciamento sei unmöglich geworden. Auf dem Gebiete der Schulpolitik sei die Gründung von 27.000 neuen Volksschulen beschlossen worden. Die ersten 7000 davon könnten schon im Oktober eröffnet werden. Das Agrarproblem werde durch die Enteignung und Aufteilung der Latifundien seine Lösung finden. Auf finanziellem Gebiete habe man Ersparnisse in Höhe von zweihundert Millionen im Budget durchgeführt und all das inmitten aller Schwierigkeiten bei der Einrichtung des neuen Regimes. Mit der festgelegenden Nationalversammlung werde das Werk der Konsolidierung der Republik mit riesenschritten vorwärts gehen. Die Separatistengefahr bestehe nicht mehr. Einigen Provinzen werde man eine gewisse Autonomie gewähren. Auch müsse man die Beziehungen zwischen Spanien und dem Vatikan endgültig regeln. Endlich müsse man aber auch das Problem der Verantwortlichkeit unter der Diktatur lösen. Es seien Verbrechen unter der Diktatur begangen worden, die nach Hause führen und die das Volk nicht vergehen könnte, zumal die spanischen Monarchisten vom Exil aus alles täten, um die Wähler zu gefährden.

Spanischer Verzicht auf Marokko

Paris, 29. Juni. Wie das „Echo de Paris“ zu melden weiß, hat der spanische Finanzminister Prieto der Mandatskommission des Völkerbundes mitgeteilt, daß die spanische Republik auf die Marokko-Zone verzichte, weil die Besetzung dieses Gebietes ihr zu teuer zu stehen komme. Die Mandatskommission werde gebeten, das Protektorat über das aufgegeben Gebiet zu übernehmen und es irgend einer anderen europäischen Macht als Mandat zuzuteilen.

Das „Echo de Paris“ sieht wegen dieses spanischen Verzichts — dessen Bekätigung noch aussteht — schwere Konflikte zwischen Frankreich und Italien andeuten. Auch England dürfte nach sein Wort dazu zu sagen haben, obwohl es sich vorläufig noch nicht geäußert hat.

Keine Abtretung Marokkos durch Spanien.

Paris, 29. Juni. Die spanische Botschaft in Paris demontiert die aus englischer Quelle kommende Nachricht, dergestalt, daß die spanische Finanzminister der Mandatskommission des Völkerbundes zur Kenntnis gebracht habe, Spanien würde kein marokkanisches Gebiet dem Völkerbund zur Verfügung stellen.

Higewelle in Amerika

New York, 29. Juni. Eine Higewelle wütet zurzeit in den Vereinigten Staaten, namentlich im Süden und im Mittelwesten, wo die Temperatur im Schatten fast 40 Grad erreicht. Seit Donnerstag sind 49 Personen am Hitzschlag gestorben.

Bezugpreis:
Jahrespreis in Neuenbürg RM. 1.50.
Zusätzlich die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen Inlandbesitz RM. 1.50 mit Nachschickgebühren. Derzeit freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf.
In allen größeren Städten besteht ein Ansporn auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen und Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Preisprober Nr. 4.
Anstalts Nr. 21 bei der Oberamts-Sperrstelle Neuenbürg.

